



Bekanntmachung der Gemeinde Ringelai

Aufstellung der Ortsabrundungssatzung Wamberg-Süd

Billigungsbeschuß und Beteiligung der Öffentlichkeit (öffentliche Auslegung) gemäß § 3 Abs. 2 BauGB

Der Gemeinderat der Gemeinde Ringelai hat in seiner Sitzung vom 09.08.2017 den Aufstellungsbeschuß zum Erlaß der Ortsabrundungssatzung Wamberg-Süd gemäß § 34 Abs. 4 Nr. 3 i.V.m. § 13 BauGB gefasst. In der Sitzung des Gemeinderates am 11.10.2017 wurde der Planentwurf des Büros PPP Pauli u. Lankl aus Freyung, mit Begründung in der Fassung vom 07.10.2017 beraten und gebilligt.

Der Geltungsbereich der Ortsabrundungssatzung Wamberg Süd erstreckt sich auf eine Teilfläche von Grundstück Fl.Nr. 1277, Gemarkung Ringelai. Die Erweiterungsfläche ist umgrenzt:

Im Norden: Fl.Nr. 1276 (gemeindl. Weg)

Im Westen: Bebautes Grundstück (Fl.Nr. 1278/2, Gmk Ringelai)

Im Osten: Landwirtsch. Fläche (Fl.Nr. 1277Gmk Ringelai)

Im Süden: Landwirtsch. Fläche (Fl.Nr. 1277Gmk Ringelai)

Die Aufstellung erfolgt im vereinfachten Verfahren nach § 13 b BauGB. Hier wird von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, dem Umweltbericht (§ 2a BauGB), von der Angabe nach § 3 Abs. 3 Satz 2, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind und der zusammenfassenden Erklärung (§ 10 Abs. 4 BauGB) abgesehen.

Ferner wird von der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung (Unterrichtung nach §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB) abgesehen. Die Unterrichtung der Öffentlichkeit erfolgte mit Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses.

Der Entwurf zur Aufstellung der Ortsabrundungssatzung „Wamberg-Süd“ mit Begründung, in der Fassung vom 07.10.2017, wird in der Zeit vom **11.12.2017 bis 12.01.18** im Rathaus, Zimmer Nr. 2, Pfarrer-Kainz-Str. 6, 94160 Ringelai, während der allgemeinen Öffnungszeiten öffentlich ausgelegt und ist auch auf der Homepage der Gemeinde Ringelai unter: <http://www.ringelai.de/rathaus/baugebiet.html> einsehbar.

Hier kann sich die Öffentlichkeit in der angegebenen Frist nochmals über die allgemeinen Ziele und Zwecke, sowie die wesentlichen Auswirkungen der Planung unterrichten und sich zur Planung äußern. Gesonderte Termine außerhalb der Öffnungszeiten können telefonisch vereinbart werden.

Stellungnahmen können schriftlich oder zur Niederschrift während der Auslegungsfrist abgegeben werden. Es wird darauf hingewiesen, dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlußfassung über den Bauleitplan (Satzung) unberücksichtigt bleiben können. Ein Normenkontrollantrag (§ 47 VwGO) zum Bayer. Verwaltungsgerichtshof ist unzulässig, wenn mit ihm nur Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der öffentlichen Auslegung oder im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

Ortsüblich bekannt gemacht durch Anschlag

an der Amtstafel am 03.12.17.2017

abgenommen am

----- (Unterschrift)

Ringelai, 30.11.17



Köberl, 1. Bürgermeister